



Burkhard Kuchernig



Sigrid Henze-Künnemann



Annegret Sloot



Dieter Knutz

Am 14. und 15. April werden die Personalvertretungen an den niedersächsischen Schulen, beim Kultusministerium, den Studienseminaren und den Abteilungen der neuen Landesschulbehörde gewählt.

Die Vorsitzenden der vier Bezirke Braunschweig (Burkhard Kuchernig), Hannover (Sigrid Henze-Künnemann), Lüneburg (Annegret Sloot) und Weser-Ems (Dieter Knutz) stellen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller GEW-Ebenen mit den GEW-Personalräten dar und weisen auf die wachsende Bedeutung der Personalräte hin.

In regelmäßigen Treffen koordinieren die GEW-Bezirksvorsitzenden Maßnahmen und Abläufe. So stellen sie eine breite Basis sowohl für Gewerkschafts- als auch für Personalratsarbeit her; denn Grundlage für die erfolgreiche Personalratsarbeit ist die Einbindung in die GEW und die Unterstützung durch die GEW.

Dafür stehen

- die Vertretung der Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen,
- keine standespolitische Klientelarbeit, die zu einem schädlichen Interessenpartikularismus führt
- die kontinuierlichen Schulungen der Personalräte auf allen Ebenen,
- unsere aktuellen Informationen, die allen GEW-Personalräten zugehen,
- unsere Beratung in Arbeitsplatzfragen, die wir Kolleginnen und Kollegen anbieten.

Die GEW-Mitglieder erhalten zusätzlich Rechtsschutz durch unsere Landesrechtsschutzstelle in Hannover.

Die GEW hat sich in den letzten fünf Jahren nicht nur darauf beschränkt, die im Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz formulierten Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen, sondern sie hat Initiativen ergriffen, um die Arbeitsbedingungen der in Schule Beschäftigten zu verbessern.

Die Personalräte der GEW haben dafür gesorgt, dass

- im Bereich „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ die Dienstvereinbarungen „Sucht“ und „Faires Verhalten am Arbeitsplatz“ geschlossen und unsere Mitbestimmungsrechte bei der Einstel-

Wahlaufruf der GEW-Bezirksvorsitzenden

GEW-Personalräte wählen!

lung und den Arbeitsbedingungen der Fachkräfte für Arbeitssicherheit im Schulbereich wahrgenommen wurden,

- es bei der Abwicklung der Orientierungsstufe ein transparentes Verfahren zur Umsetzung der Kolleginnen und Kollegen an ihre neuen Schulen gab, wobei versucht worden ist, die jeweiligen Wünsche so weit wie möglich durchzusetzen,
- vielen Kolleginnen und Kollegen geholfen werden konnte, sei es bei Problemen mit der Verbeamtung, bei der Verlängerung von Probezeiten, beim Angebot von Anschlussarbeitsverträgen, bei der nachträglichen Genehmigung von Teilzeitanträgen oder bei angestrebten Versetzungen in andere Länder, Bezirke und Kreise.

Nicht immer haben wir uns mit unseren Dienststellen auf dem Verhandlungswege einigen können. Die für solche Fälle zuständige Einigungsstelle beim MK in Hannover hat uns in Streitfällen häufig Recht gegeben, so dass diese Angelegenheiten dann letztlich doch im Sinne der Beschäftigten geregelt werden konnten.

Wie stellen sich die GEW-Personalräte den Anforderungen der Zukunft?

Viel Arbeit wird sich auf die Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik und der neuen Verwaltungsstruktur der Landesregierung richten. Wir setzen uns für den Erhalt einer Mittelbehörde zwischen dem Kultusministerium und den Schulen ein. Diese koordinierende Ebene ist wichtig für ein reibungsloses Funktionieren von Verwaltungsabläufen und eine wirksame Interessenvertretung. Die Schulpersonalräte an den Schulen brauchen die Unterstützung der Schulbezirkspersonalräte.

Erklärte Absicht ist die Einführung der „Eigenverantwortlichen Schule“ mit mehr Kompetenzen und Befugnissen für den Schulleiter oder die Schulleiterin. Daraus folgt für uns eine notwendige Stärkung der Stellung der Schulpersonalräte. Deren Schulung und Unterstützung wird eine zentrale Aufgabe der GEW und ihrer Personalräte sein.

Als gewerkschaftliche Personalräte werden wir uns dafür einsetzen, dass im Rahmen der „Eigenverantwortlichen Schule“ die Gesamtkonferenz als das für die grundsätzlichen Belange einer jeden Schule zuständige Entscheidungsorgan im Sinne einer Allzuständigkeit erhalten bleibt.

Im Zusammenhang mit der auf die Schulen zukommenden „Inspektion“ haben wir darauf zu achten, dass den Schulen ein qualifiziertes Beratungs- und Unterstützungssystem zur Seite gestellt wird. Dabei werden wir besonders den Umgang mit den erhobenen Daten kontrollieren, um einem Missbrauch entgegen zu wirken. Wir sind gegen ein Ranking, das die Schulen in einen Konkurrenzkampf hetzt.

Die Personalräte der GEW wenden sich gegen die schleichende Arbeitsverdichtung bei hoher Arbeitsbelastung für alle in Schule Beschäftigten. Im Interesse der Tarifbeschäftigten (z.B. Pädagogischen MitarbeiterInnen und SchulassistentInnen) treten wir dafür ein, dass die 38,5-Std.-Woche, das Urlaubsgeld und die Sonderzahlungen erhalten bzw. wieder eingesetzt werden. Es müssen unbefristete Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, denn erst diese geben Kolleginnen und Kollegen bei einem ausreichenden Verdienst beruflich und privat eine Lebensperspektive. Wir werden alle unsere Mittel ausschöpfen, um zu verhindern, dass Ein-Euro-Jobs bestimmte Berufsgruppen in unregulierte Beschäftigungsverhältnisse verdrängen.

Zahlreiche Aufgaben verbleiben vorerst bei der Landesschulbehörde und den Außenstellen. Deshalb können unsere Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin darauf vertrauen, dass wir, die GEW und ihre Personalräte, über alle Schulformen hinweg die Interessen aller in der Schule Beschäftigten gegenüber dieser neuen Behörde wahrnehmen. Starke GEW-Fraktionen in den Schulbezirkspersonalräten sind auch in Zukunft die Garantie dafür, dass diese Interessen gut vertreten werden.

Darum für die GEW werben und GEW-Personalräte wählen!